

INHALT

Tödliche Keime

Zwischenfazit zu Erkenntnissen im Untersuchungsausschuss. **S. 2**

Mindestlohn

Bremen führt als erstes Land ein Mindestlohngesetz ein. **S. 3**

Massentierhaltung

Kantinen sollen auf artgerechte Produkte umsteigen. **S. 4**

Mehr Geld für Lärmschutz

Bremen sorgt im Rahmen seiner begrenzten Möglichkeiten für besseren Lärmschutz. Die Mittel des Aktionsprogrammes werden in den Haushalten 2012/2013 auf 450.000 bzw. 850.000 Euro aufgestockt. Diese Korrektur hat die Koalition beschlossen. Zudem werden die Zuschüsse für Beratungs- und Hilfsangebote für Opfer von Gewalt deutlich erhöht. Bei der Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen gibt es keine Abstriche. Die Kreativwirtschaft profitiert von einem neuen Investitionsprogramm (500.000 Euro p.a.). Mit bis zu einer halben Million Euro werden die kleineren Träger, die InjobberInnen beschäftigen, abgesichert. „Die Haushalte legen darüber hinaus klare Schwerpunkte bei Bildung und Betreuung. Die Anforderungen des Konsolidierungskurses werden eingehalten“, so der haushaltspolitische Sprecher Hermann Kuhn.



Habe:
5 Angestellte
1 Steuernummer
0 Wahlrecht

Wahlrecht für alle!

In Bremen leben rund 80.000 Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Sie müssen Steuern zahlen, sie schaffen Arbeitsplätze – wählen dürfen sie jedoch nicht. Die Koalition will das ändern. BremerInnen, die keine EU-Staatsangehörigkeit haben, sollen künftig zumindest an den Beiratswahlen teilnehmen können. EU-BürgerInnen sollen das Recht erhalten, den Landtag zu wählen. Um das zu ermöglichen, hat nun der Ausschuss ‚Ausweitung des Wahlrechts‘ seine Arbeit aufgenommen.

Zwar hatte das Bundesverfassungsgericht 1990 geurteilt, dass das ‚Volk‘ die Staatsgewalt durch Wahlen ausübt und darunter nur Deutsche zu verstehen seien. Doch aus Sicht der Grünen ist dieses Urteil nicht mehr zeitgemäß. „Anders als vor 20 Jahren ist die Bundesrepublik längst ein Einwanderungsland. Das prägt unsere Gesellschaft auch wesentlich. Aus dieser Tatsache folgt für uns zwingend, dass seit längerem in Bremen lebende BürgerInnen ohne EU-Pass wenigstens das aktive und passive Wahlrecht für die Beiräte erhalten müssen. Es kann doch nicht sein, dass Menschen hier leben, zum Wohlstand beitragen, ihre Kinder in

Kitas und Schulen schicken, aber keinerlei Einfluss auf die Entscheidungen haben, die ihr Lebensumfeld, ihre Wohnquartiere und deren Einrichtungen prägen“, betont Hermann Kuhn. Der Ausschuss-Vorsitzende weist darauf hin, dass in vielen europäischen Ländern das kommunale Wahlrecht für AusländerInnen längst bewährter Alltag ist. So haben Menschen ohne EU-Staatsangehörigkeit nach einem Mindestaufenthalt zwischen zwei und fünf Jahren z.B. in den skandinavischen Ländern, in den Niederlanden, Belgien, Estland, Luxemburg und Irland das Kommunalwahlrecht.

„MigrantInnen, die hierzulande ihren dauerhaften Lebensmittelpunkt haben, müssen das kommunale Wahlrecht erhalten. Sie wollen sich beteiligen. Das Wahlrecht würde die politische Partizipation und die Identifikation der Menschen mit Bremen weiter fördern. Mit dem Wahlrecht ist ein konkretes Zugehörigkeitsgefühl verbunden“, so die migrationspolitische Sprecherin Zahra Mohammadzadeh. Nicht zuletzt würde dadurch die Ungleichbehandlung zwischen den UnionsbürgerInnen sowie den übrigen AusländerInnen beseitigt.

Kontrollen verschärfen

„Am Klinikum Bremen-Mitte hat es einen schweren hygienischen Zwischenfall gegeben“ – hinter dieser GeNo-Verlautbarung vom 2. November 2011 verbergen sich mehrere tote Frühchen. Sie sind an den Folgen einer Infektion mit dem multiresistenten Darmkeim *Klebsiella pneumoniae* gestorben. Das Vertrauen von Eltern ist tief erschüttert. Bei 34 Frühchen wurden die Keime nach bisherigem Erkenntnisstand nachgewiesen. Nur scheinbar kommt ans Licht, dass derselbe Erregertyp bereits seit 2009 immer wieder auf der Frühchen-Station aufgetaucht ist. Wie diese Keime selbst noch auf die zwischenzeitlich komplett desinfizierte und

sanierte Station gelangt sind, bleibt auch nach intensiver Suche von Experten des Robert-Koch-Instituts völlig unklar. Um Frühgeborene zu schützen, versorgen bis zur Fertigstellung des neuen Eltern-Kind-Zentrums am Klinikum Mitte das Klinikum Links der Weser die Frühgeborenen unter 1250 Gramm Geburtsgewicht und das Klinikum Bremen-Nord zusätzlich die Frühchen mit einem Gewicht zwischen 1250 und 1500 Gramm. Um künftig bei möglichen Problemen ausweichen zu können, soll die Frühchenversorgung dort auch nach der Eröffnung des Eltern-Kind-Zentrums beibehalten werden.

Hygiene im Fokus

Zunehmend bereitet das Auftreten multiresistenter Keime den Krankenhäusern große Probleme. Besonders dann, wenn es sich wie im Klinikum Mitte nicht um Einzelfälle, sondern um einen Ausbruch desselben Erregertyps handelt. Fatalerweise wurde dieser nicht als solcher erkannt. „Im Hygiene-Management der Klinik gab es gravierende strukturelle Mängel – z.B. bei der nachlässigen Erfassung und Dokumentation von Keimbefunden. Sie wurden in Papierform verfasst und abgeheftet. Eine zeitnahe Erkennung von auffälligen Häufungen ist bei diesem System kaum

möglich“, erklärt Björn Fecker. Der stellv. Vorsitzende des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zur Aufklärung des tödlichen Keimausbruchs betont, dass das Hygiene-Management in allen Kliniken verbessert werden muss.

Frühwarnsystem installieren

Erforderlich ist ein EDV-gestütztes Frühwarnsystem, mit dem auffällige Keimbefunde schneller erkannt werden können. Das ist Bestandteil eines 10-Punkte-Plans zur Verbesserung der Hygiene. „Wir müssen die Kontrolle der Hygiene verschärfen. Auch deshalb brauchen die Kliniken mehr Hygienefachkräfte und qualifizierte HygienefachärztInnen, von denen es zurzeit allerdings nur wenige in der Republik gibt“, so Björn Fecker. Er hält zudem eine grundlegende Überprüfung des Leichenschauwesens für notwendig. „Bisher darf der behandelnde Arzt auch die Leichenschau vornehmen und den Totenschein ausstellen. Das birgt das Risiko des Vertuschens. Es sollte sich dabei nicht um ein und dieselbe Person handeln dürfen“, meint der stellv. PUA-Vorsitzende.

Erheblichen Verbesserungsbedarf hat auch das Krisenmanagement. „Nach unseren Erkenntnissen gab es gravierende Fehler in der Meldekette von der Klinik ans Gesundheitsamt und von dort an die Gesundheits-

behörde“, unterstreicht Björn Fecker. Bereits Ende April wurde der gefährliche Keim auf der Frühchen-Station nachgewiesen, erst vier Monate später informiert die Klinik nach dem Tod eines Frühchens und weiteren Erregernachweisen das Gesundheitsamt. Zwei weitere infizierte Frühchen sterben, bevor schließlich am 1. November das Gesundheitsamt die zuständige Gesundheitsbehörde über die Todesfälle und den Keimausbruch informiert und das Robert-Koch-Institut zu Rate gezogen wird. Der *Klebsiella*-Keim ist zwar nicht meldepflichtig. Wenn es jedoch zu einer Häufung von Infektionen kommt, bei denen ein Zusammenhang wahrscheinlich ist, sieht das Infektionsschutzgesetz die Meldepflicht vor. Dass der Keim schon 2009 auf der Station war, ergibt die erst nach Einsetzung des PUA erfolgte Untersuchung von Proben, die jahrelang im Kühlschrank des Hygieneinstituts lagerten.

Suche nach der Verantwortung

Die Fehler im Krisenmanagement haben personelle Konsequenzen in der Dachgesellschaft des Klinikverbundes und in der Klinik nach sich gezogen. Welche weiteren Konsequenzen nötig sind und wie es um die politische Verantwortung steht, sind Fragen, mit denen sich der PUA derzeit noch abschließend beschäftigt.



Gemeinsamer Religionsunterricht

Die Grünen drängen darauf, einen für alle SchülerInnen gemeinsamen Unterricht über Religionen einzuführen. Das Fach soll alle Religionen im Grundsatz gleich behandeln. Damit soll der ‚Biblische Geschichtsunterricht auf allgemeiner christlicher Grundlage‘ weiterentwickelt werden, der an Bremer Schulen kaum noch belegt wird und selten stattfindet. Das neue Fach hat auch das Ziel, zusammenzuführen und ein Zeichen von Achtung und Integration zu setzen.

„Ein gemeinsamer Unterricht über Religionen soll dazu beitragen, dass die jungen Menschen miteinander statt übereinander reden. Das fördert die Entwicklung der eigenen Identität. Das dient zugleich dem besseren Verständnis und gelingendem Zusammenleben der Jugendlichen in einer Einwanderungsgesellschaft, wie sie sich in den Bremer Klassenzimmern erfreulich lebendig zeigt. Das kann einen wichtigen Beitrag für das friedliche Miteinander leisten“, so Kirsten Kappert-Gonthier. Die

Sprecherin für Religion betont, dass es im neuen Fach keine Wertung einzelner Religionen geben kann. Das gemeinsame Fach ‚Religion‘ soll die Geschichte, die Erzählungen und die fortdauernde Wirkung der drei großen monotheistischen Religionen und die Geschichte der Kritik an ihnen thematisieren. Zudem soll Wissen über weitere Religionen und Weltanschauungen

„Das Wissen über Religionen ist ein notwendiger Bildungsinhalt“

Kirsten Kappert-Gonthier

vermittelt werden. Das Fach soll auch die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der verschiedenen Religionen herausarbeiten. Ferner sollen die SchülerInnen über Rituale und Feiertage informiert werden. In den Unterricht können VertreterInnen der Religionsgemeinschaften eingeladen werden. Der Unterricht soll von Fachkräften wertungsfrei erteilt werden.

„Wir halten das Wissen über Religionen für einen notwendigen Bildungsinhalt. Denn die Beschäftigung mit Religion ist für das Verständnis unserer Welt, unserer und anderer Kulturen von hoher Bedeutung“, erläutert Kirsten Kappert-Gonthier.

Für die Grünen ist klar, dass Schule kein Ort von religiöser Unterweisung sein darf. „Es ist nicht die Aufgabe von staatlichen Schulen, Menschen in Glaubensgemeinschaften zu holen“, bekräftigt Kirsten Kappert-Gonthier.

Der Vorstoß der Grünen steht im Einklang mit der Koalitionsvereinbarung. Eine Änderung der Landesverfassung ist dafür nicht erforderlich. Bei einer Online-Umfrage der Bildungsbehörde hatte sich die Mehrheit der TeilnehmerInnen für einen gemeinsamen Unterricht für SchülerInnen jeder Glaubensrichtung ausgesprochen.

• Ein Positionspapier steht im Internet unter www.gruene-fraktion-bremen.de zum Download bereit.

Damit's zum Leben reicht

Bremen führt als erstes Bundesland ein Mindestlohngesetz ein. „Wer Tag für Tag arbeitet, muss vom Lohn für diese Arbeit auch leben können. Das ist ein Kernpunkt sozialer Gerechtigkeit in der Gesellschaft und eine Frage der Menschenwürde. Die Bundesregierung ist offensichtlich unwillig, einen flächendeckenden Mindestlohn einzuführen. Weil Schwarz-Gelb sich nur in Sonntagsreden ergeht, müssen wir selbst handeln. Wo Bremen Einfluss auf den Mindestlohn hat, setzen wir ihn auch um“, betont der arbeitsmarktpolitische Sprecher Frank Willmann.

Das Gesetz sieht eine Lohnuntergrenze von 8,50 Euro vor. Diesen Stundenlohn müssen Unternehmen zahlen, die öffentliche Aufträge oder auch Bürgerschaften bekommen wollen. Gleiches gilt für Verbände und Vereine, die Zuwendungen erhalten. Zur Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung soll eine Mindestlohnkommission eingerichtet werden, die jährlich den Mindestlohn neu festlegt.

Die Bremische Bürgerschaft hat das Gesetz in 1. Lesung bereits beschlossen. Gerade hat eine Anhörung u.a. mit Handwerks- und Handelskammern, DGB,

Unternehmensverbänden und Arbeitnehmerkammer sowie der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege stattgefunden. Derzeit werden die Anregungen ausgewertet. Danach soll das überarbeitete Landesmindestlohngesetz dann endgültig verabschiedet werden.

Frank Willmann weist zugleich darauf hin, dass das Landesmindestlohngesetz nicht

flächendeckend für das bremische Wirtschaftsleben gelten kann. Dazu muss der Bund den allgemeinen und gesetzlichen Mindestlohn einführen. „Dem verweigern sich CDU und FDP. Wir reden nicht nur von Menschenwürde, sondern setzen das in praktischer Politik um. Wo Bremen auf den Mindestlohn hinwirken kann, machen wir das auch“, betont Frank Willmann.



Bremen knüpft Aufträge an den Mindestlohn.



Puter in einer Mastfabrik

Grüne gegen Massentierhaltung

Ekelfleisch nicht auftischen

Mastputen können ihr eigenes Gewicht nicht mehr halten, die überlasteten Knochen brechen. Schweine werden ohne Bewegungsfreiheit auf Spaltenböden zusammengepfercht. Um zu verhindern, dass die Tiere sich gegenseitig verstümmeln, werden ihnen die Schwänze und Schnäbel kupiert. Über 90 Prozent der Masthühner werden mit Antibiotika behandelt, wie Studien belegen. Der massive Einsatz von Antibiotika in den Tierfabriken führt zu multiresistenten Keimen. Vor den gesundheitsgefährdenden Folgen für Menschen warnen deshalb auch Mediziner: Bei Erkrankungen notwendige Antibiotika können ihre Wirkung nicht mehr entfalten.

„Die Massentierhaltung ist aus meiner Sicht eine Megasauerei. Die Praxis in den Tierfolterkammern verursacht nicht nur bei den Tieren unfassbares Leid, sondern gefährdet auch die Gesundheit der Menschen. Das Billigschnitzel kommt die VerbraucherInnen teuer zu stehen“, betont der

verbraucherschutzpolitische Sprecher der Grünen, Jan Saffe.

Neben einem umfassenden Maßnahmenpaket gegen die Auswüchse der Massentierhaltung und einer Kennzeichnungspflicht der Haltungform im Bund machen sich die Grünen auch fürs Umsteuern vor Ort stark. So sollte Bremen den Bezug von Fleisch und anderen Produkten aus der Massentierhaltung in Kantinen öffentlicher Einrichtungen senken und langfristig ganz auf Produkte aus artgerechter Tierhaltung umstellen. „Bremen hat als Großverbraucherin eine Vorbildfunktion. Dazu gehört, den Verbraucherschutz mit gesunden Nahrungsmitteln in öffentlichen Einrichtungen voranzubringen. Mit dem Umstieg kann Bremen helfen, das Leid der Tiere zu verringern. Erste gute Ansätze gibt es im Kita- und Schulbereich. Auch in Kantinen umzusteuern, scheitert nicht an uns Grünen. Offenbar ist noch weitere Überzeugungsarbeit nötig. Dabei werde ich nicht nachlassen“, so Jan Saffe.

Inklusion an Schulen: Wie weiter?

„Schulische Inklusion im Land Bremen: Wie weiter?“ – unter diesem Titel laden die Grünen für den 6. Juni von 18 bis 22 Uhr zu einer Diskussion ins Konsul-Hackfeld-Haus ein. Auf dem Podium sitzen VertreterInnen

von Zentralelternbeirat, Schülervvertretung, GEW, Bildungsbehörde, Verein ‚Eine Schule für alle‘, Landesbehindertenbeauftragter, Wissenschaftler sowie die bildungspolitische Sprecherin der Grünen, Sülmez Dogan.

ACTA ad acta legen

Gegen die Ratifizierung von ACTA soll sich der Senat auf Bundesebene einsetzen. Das hat das Landesparlament beschlossen. Denn das Anti-Counterfeiting Trade Agreement steht für Intransparenz, Strafverschärfungen bei Urheberrechtsverletzungen und weitere Einschränkungen von Informationsfreiheit im Internet. „Wir sind gegen jegliche Form der Überwachung durch Internet-Provider und die einseitige Kriminalisierung der Bevölkerung“, bekräftigt der netzpolitische Sprecher Mustafa Öztürk.

Der Antrag sieht u.a. auch eine Reform des Urheberrechts vor, das für seine Anwendung im Internet weiterentwickelt werden muss. „Wir machen uns für einen fairen Interessenausgleich zwischen UrheberInnen, Verwertern und Internet-NutzerInnen stark. KünstlerInnen und Kreative müssen von ihrer Arbeit leben können. Wo es einfach möglich ist, bezahlen die meisten UserInnen auch im Internet für Kunst und Kultur“, so der kulturpolitische Sprecher Carsten Werner.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20, 28195 Bremen

Tel.: 0421 /3011-0

E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de

ViSdP: Matthias Makosch

Texte: M. Makosch

Fotos: E. Meyer, iStockphoto, PeTA/

Pixelio

Druck: Geffken & Köllner, Bremen